

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 33/39
Telefax: 896 846 pbbn d
Telefax: 21 0654

Inhalt

Hartmut Holzapfel MdL zum Umgang von Unions-Politikern mit der Vergangenheit am Vorabend des 1. September: Die deutsch-nationalen Geisterfahrer melden sich zurück.
Seite 1

Dr. Edith Niehuis MdB zur Entwicklung in dem von Unruhen erschütterten Inselstaat: Sri Lanka braucht eine supra-nationale Ordnungsmacht.
Seite 4

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB zum 125. Todestag von Ferdinand Lassalle: Leitgedanken, die bis heute gelten.
Seite 6

44. Jahrgang / 164

28. August 1989

Die deutsch-nationalen Geisterfahrer melden sich zurück

Zum Umgang von Unions-Politikern mit der Vergangenheit am Vorabend des 1. September

Von Hartmut Holzapfel MdL
Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Termingerecht zum fünfzigsten Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen haben sich in der Bundesrepublik die deutsch-nationalen Geisterfahrer wieder zurückgemeldet. Sie haben nicht nur verhindert, daß der Bundespräsident zum 1. September nach Warschau fahren konnte; mit Bundesfinanzminister Waigels Rede vor den Sudetendeutschen haben sie unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß sie den Warschauer Vertrag, das Kernstück der Aussöhnungspolitik Willy Brandts, immer noch nicht anzuerkennen bereit sind.

Daß sich dem die Dreggers und Wallmanns anschlossen, hat nicht überrascht. In der hessischen CDU ist die politische Unvernunft immer besonders zu Hause gewesen. Daher konnte auch der hessische Kultursminister Dr. Christian Wagner (CDU), ein streng deutschnational denkender Rechtsaußen, im Chor nicht fehlen.

Seine erste Amtshandlung nach der Rückkehr aus dem Sommerurlaub war ein Auftritt vor Hessens Sudetendeutschen. Theo Waigel nahm er dort ausdrücklich in Schutz: an dem, was der gesagt hatte, könne er „überhaupt nichts auszusetzen finden“. Der Landesobmann der Sudetendeutschen machte deutlich, daß es nicht um abstrakte Rechtsfragen geht: es sei eine „Lebenslüge“ gewesen, daß mit dem Warschauer Vertrag „die deutschen Ostgebiete abgeschrieben worden“ seien. Sie forderten „in aller Offenheit die Rückgabe unserer Heimatgebiete“. Deren „Neubesiedlung“ sei das Ziel.

Kein Wunder, daß sich Christian Wagner in dieser Umgebung wohlfühlte - und kein Wunder, daß der rechtsextremistische Witikobund zu den Ehrengästen dieser Versammlung gehörte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus II/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos-Ümgebung
mit dem originalen Rücklauf
Belegbogen-Papier



Kein Wunder dann aber auch, daß man in Hessen wachsam geworden ist, als dieser Minister im Frühjahr dazu aufrief, nach dem Vorbild seines Stuttgarter Amtskollegen wieder ein Bekenntnis zu allen drei Strophen des Deutschlandliedes abzulegen. Dies war selbst dem Philologenverband zuviel, der ansonsten diesen Minister getreulich auf all seinen Wegen begleitet. Der Erlaß, der zum Erlernen aller drei Strophen aufrufen sollte, wurde schnell so geändert, daß er absichtsvoll uneindeutig wurde.

Zum Schuljahresbeginn liegen nun Handreichungen „für die Besprechung der Nationalhymne an den Schulen im Lande Hessen“ vor. Ihr Ziel ist es, „Unsicherheit und Befangenheit“ abzubauen. „Der Mißbrauch, dem sie in der Zeit des Nationalsozialismus unterworfen war, wird als drückende Last empfunden“, heißt es wörtlich.

Nur „empfunden“? Gibt es diese „drückende Last“ nicht wirklich? Hat sie nicht zu tun mit der Geschichte der deutschen Nation, und auch mit der Geschichte des Deutschlandliedes? „Der Wahre Jakob“, eine satirische sozialdemokratische Zeitung im Kaiserreich, hat schon 1900 ein bitterböses Spottgedicht zu „Deutschland, Deutschland über alles“ veröffentlicht: seine Unschuld hatte diese Zeilen schon damals verloren. Gehört zur Geschichte dieser Zeile nicht auch schon der Bericht der Obersten Heeresleitung vom 11. November 1914, der davon berichtet, wie „westliche Langelmarck junge Regimenter unter dem Gesang ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vorbrachten“ (und dort verbluteten)?

Kann man diese Zeilen jemals wieder trennen davon, daß sie den Völkern Europas als Vorspiel zum Absingen des Horst-Wessel-Lieder in den Ohren geblieben sind? Daß sie gemeinsam mit dem SA-Kampflied zum „deutschen Weihelied“ erklärt wurden, das immer mit erhobener Hand zu singen war?

Die Wagnerschen Handreichungen sehen darin allenfalls einen „Mißbrauch im nationalistischen Sinne“, dem ein paar Zeilen gewidmet werden. Einen Anlaß zur „Befangenheit“ vermag Hessens Kultusminister in der Historie dieses Landes nicht zu erkennen. Wo es solche „Befangenheit“ noch geben sollte, wird den Schulen nunmehr aufgetragen, ihr tatkräftig entgegenzuwirken.

Dabei könnte die Auseinandersetzung mit der Geschichte unserer Nationalhymne (und ganz gewiß mit der Geschichte aller drei Strophen) durchaus ein sinnvolles Unterfangen sein, wenn sie der Aufklärung, und nicht der Verdrängung diene. Wagners Handreichung ist ein krasses Beispiel für den manipulativen Umgang mit Geschichte, aus der herausgestrichen oder an den Rand gedrängt wird, was nicht ins nationale Weltbild paßt. Schlimmeres als „Mißbräuche“ darf der stramm nationalistische Blick dabei nicht entdecken.

Golo Mann liefert zu dem all ein Vorwort, in dem er sich dümmer stellt als er (hoffentlich) ist. Die Texte von Nationalhymnen dürfe man nicht so sehr auf die Goldwaage legen, ist seine These: Geschichte reduziert sich in seiner Betrachtung auf das, was zum Zeitpunkt des Entstehens gedacht wurde, nicht aber schließt sie die Geschichte eines Textes mit ein, die danach einsetzt - ein recht eigentümliches Verständnis von geschichtlicher Perspektive: mit dieser Argumentation könnte man selbst das Hakenkreuz als harmloses Sonnenrad wieder mit ganz unschuldigen Augen betrachten.

Niemand, so argumentiert Golo Mann, könne doch ernsthaft meinen, irgendjemand erstrebe die „Rückeroberung Südtirols“, nur weil im alten Text von der Etsch die Rede sei: das wäre doch nur ein „grotesker Anachronismus“. Es wäre interessanter gewesen, einen solchen Satz im Zusammenhang mit der Memel zu lesen: ist das nur Zufall? Oder ist es kein „grotesker Anachronismus“, wenn die Waigels, Wallmanns und Wagners weiter vom Deutschland in den Grenzen von 1937 schwadronieren und die Ostverträge nicht zur Kenntnis nehmen wollen? Geht es nur um „Rechtsfragen“ bei denen, die unbekümmert von der „Wiederbesiedlung“ des „deutschen Ostens“ träumen?

Die Deutschen lebten immer noch in den Grenzen von 1937, wenn sie sich 1939 zu ihnen bekannt hätten: wer die „Verstümmelung und Teilung Deutschlands“ beklagt, wie dies in Wagners Handreichungen geschieht, müßte zumindest von diesem Zusammenhang reden, und nicht nur beklagen, daß dies die „Möglichkeit erschwert, sich mit Traditionen zu identifizieren“.

Vielleicht könnten wir wirklich wieder unbefangener über unsere Hymne und ihre Geschichte reden, wenn wir endlich davon überzeugt sein könnten, daß wir als Nation die Lehren dieser Geschichte begriffen haben. Aber solange die Wagners sich vor diesen Lehren davonstellen, solange sie selbst sich im deutschnationalistischen Sumpf so offensichtlich wohlfühlen, solange sie selbst die Grenzfrage ausgerechnet fünfzig Jahre nach dem Überfall auf Polen so demonstrativ wieder hochspielen - solange wird man den Wagners die gespielte Unschuld nicht abnehmen, mit der sie sich der ganzen Nationalhymne („bis an die Memel“) annehmen.

„Anmut sparet nicht und Mühe, Leidenschaft nicht noch Verstand, daß ein gutes Deutschland blühe, wie ein anderes gutes Land. Daß die Völker nicht erbleichen, wie vor einer Räuberin, sondern ihre Hände reichen - uns wie andern Völkern hin. Und nicht über und nicht unter andern Völkern wolln wir sein, von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein. Und weil wir dies Land verbessern, lieben und beschirmen wir's, und das Liebste mag's uns scheinen, so wie andern Völkern ihr's.“

So, wie es Bert Brecht in seiner „Kinderhymne“ 1950 formuliert hat: so könnten wir unsere Hymne verstehen. Daß wir dies immer noch nicht können, daran sind die politischen Geisterfahrer dieses Herbstes vor allem schuld, von denen anfangs die Rede war. Vor ihnen muß man Hoffmann von Fallersleben nun wirklich in Schutz nehmen.

Die SPD wird beantragen, die Wagnerschen Erlasse und Handreichungen unverzüglich zurückzuziehen. Dies wäre ein wichtiger und richtiger Beitrag zum 1. September 1989.

(-/28.8.1989/vo-he/rs)

Sri Lanka braucht eine supranationale Ordnungsmacht

Zur Entwicklung in dem von Unruhen erschütterten Inselstaat

Von Dr. Edith Niehuis MdB
Vorsitzende der Deutsch-indischen Parlamentariergruppe des Bundestages

Bei den vielen regionalen Konfliktfeldern auf der Welt erhalten die Probleme Sri Lankas nicht die Aufmerksamkeit, die sie finden müßten. Seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1948 hat sich in Sri Lanka ein demokratisch-parlamentarisches System entwickelt, das trotz der Konflikte zwischen der singhalesischen, überwiegend buddhistischen Mehrheit (74 Prozent) und der tamilischen Minderheit (18,1 Prozent), die immer wieder auch zu blutigen Unruhen führten, funktionierte.

In den 80er Jahren allerdings hat sich die Sicherheitslage Sri Lankas so verschlechtert, daß die wirtschaftliche und demokratische Entwicklung dieser Insel im Zentrum des Indischen Ozeans ernsthaft bedroht ist.

Die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) hat dieser Tage angefangen, aufgrund der prekären Sicherheitslage ihre deutschen Entwicklungsexperten abzuziehen. Es hat den Anschein, als ob alle bisherigen Maßnahmen zur Befriedung der Konflikte nicht wirkungsvoll waren, sondern im Gegenteil, daß die Konflikte sich verschärften. In Sri Lanka regiert der Terror, und stündlich werden Menschen aufgrund von politischen Motiven umgebracht. Hinlänglich bekannt ist das militante Vorgehen der tamilischen Separatisten, der Tamil Tigers (LTTE), im Norden des Landes, während die brutalen Terroranschläge der singhalesisch-chauvinistischen „Volksbefreiungsfront“ JVP, die von einigen auch als faschistisch eingestuft wird, weniger in der Öffentlichkeit außerhalb Sri Lankas bekannt sind.

Das mag auch daran liegen, daß die großen Parteien Sri Lankas und ihre Spitzenkräfte zwar den Terror der JVP verurteilen, aber sie nicht beim Namen nennen. Das gilt sowohl für die regierende UNP des Präsidenten Premadasa als auch für die SLFP der Frau Bandaranaike, was in Sri Lanka immer wieder zu Gerüchten führt, die eine oder die andere Partei arbeite mit der JVP zusammen. Die JVP, seit 1983 wieder verboten und aus dem Untergrund im Süden des Landes tätig, sorgte durch ihre Morddrohungen an alle, die zur Wahl gingen, dafür, daß sowohl die Präsidentschaftswahlen Ende letzten Jahres als auch die Parlamentswahlen Anfang dieses Jahres nur unter unerträglichen Notstandsbedingungen stattfinden konnten. Am Wahntag gab es 50 Tote.

Auftrieb bekam die antiindische JVP 1987 durch das indisch-sri lankische Abkommen, das Premierminister Rajiv Gandhi und der damalige Präsident Sri Lankas Jayewardene am 29. Juli 1987 abschlossen. Dieses Abkommen „Zur Wiederherstellung von Frieden und Normalität in Sri Lanka“ sieht eine Umwandlung des Einheitsstaates Sri Lanka in eine Art Bundesstaat mit neun Provinzen und zu wählenden Provinzräten vor und ermöglichte den Einmarsch indischer Truppen nach Sri Lanka, um im Norden und Nordosten des Landes, also in den tamilischen Provinzen, für Ruhe zu sorgen. Die Armee Sri Lankas war überfordert, sowohl im Süden (JVP) als auch im Norden (Tamil Tigers) den Terror zu bekämpfen. Seit November 1987 sind etwa 50.000 indische Soldaten als Indian Peace Keeping Forces (IPKF) im Nordosten Sri Lankas stationiert, ohne daß es ihnen trotz großer zahlenmäßiger Überlegenheit bisher gelungen ist, den Frieden herzustellen. Familien und Linder liefern sich immer wieder schwere Kämpfe.

Weil Indien jene Erfahrungen macht, die schon so manche Großmacht im schwer gewinnbaren Kampf gegen Guerillas in Dritte-Welt-Ländern machen mußte, gibt es in Indien durchaus Überlegungen über einen Truppenabzug. Allerdings fürchtet Indien den Gesichtsverlust aus zwei Gründen: Gandhi möchte seine Position als regionale Großmacht nicht schwächen und mit Blick auf die Ende des Jahres stattfindenden indischen Wahlen die Wahlchancen der Congress-Partei (I) im südlichen Bundesstaat Tamil Nadu, in dem 50 Millionen Tamilen wohnen, nicht mindern.

Die lautstark erhobene Forderung des Präsidenten Premadasa, die indischen Truppen sollten Sri Lanka bis zum 29. Juli 1989 verlassen, waren der Konfliktentschärfung wenig dienlich. Die mühsam verlaufenen indisch-sri lankischen Verhandlungen über einen Truppenabzug scheinen auf einen lang gestreckten Zeitplan (bis Februar 1990) für den Abzug der indischen Soldaten hinauszulaufen. Allerdings wird damit der Terror auf Sri Lanka nicht beendet sein. Der singhalesisch-tamilische Konflikt bleibt ungelöst.

Viele befürchten, daß rivalisierende tamilische Gruppen sich nach Abzug der indischen Truppen blutige Kämpfe liefern werden, die die IPKF durch ihre Anwesenheit im Moment verhindern. Und schließlich wird der Terror der JVP durch den indischen Truppenabzug nicht beendet sein. Die JVP, die durch Morddrohungen und durch Morde zu Streik und Boykott aufruft und auf diese Weise die öffentlichen Verkehrsmittel, Colombos Hafen, die Benzinversorgung, die Wasser- oder Lebensmittelversorgung lahmlegt, ist zwar antiindisch und schürt antiindische Vorbehalte, aber ihr Ziel ist es, das demokratische System zu zerstören. Insofern werden sie auch nach einem denkbaren Abzug der indischen Soldaten weiterhin für gewalttätige Unruhen sorgen. Und es heißt in Sri Lanka, die JVP-Leute hätten bereits die Armee Sri Lankas unterwandert und verfügten über eine wachsende Anhängerschaft insbesondere unter den Arbeitslosen.

Sri Lanka alleine wird aus vielen Gründen nicht in der Lage sein, die blutigen Unruhen zu unterbinden. Indien als regionale Großmacht ist wegen der ethnischen und religiösen Zusammenhänge wenig geeignet, als neutrale Ordnungsmacht aufzutreten. Das Wort von einer drohenden „Libanisierung“ Sri Lankas macht die Runde. Wenn die indischen Truppen abgezogen sind, braucht Sri Lanka eine supranationale Ordnungsmacht. Darum sollte erwogen werden, die Vereinten Nationen einzuschalten.

(28.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Leitgedanken, die bis heute gelten

Zum 125. Todestag von Ferdinand Lassalle

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands betrachtet die von Ferdinand Lassalle vorbereitete und 1863 vollzogene Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins als ihre Geburtsstunde. Als Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vermittelte Lassalle der deutschen Arbeiterbewegung in ihrer Frühzeit wesentliche praktische und geistige Impulse.

Lassalle konnte diese Leistung vollbringen, weil er der Arbeiterklasse seiner Zeit große und einfache Ideen gab, für die er als leidenschaftlicher Redner Begeisterung zu wecken und als glaubwürdiger Politiker Menschen zu gewinnen vermochte. Seine Reden und Schriften rüttelten die Massen auf und begründeten Zuversicht und Opfermut.

Das Bewußtsein, Sendboten einer besseren, neuen Zeit zu sein, sollte den Arbeitern Erkenntnisgewißheit und Zuversicht vermitteln. Im letzten Satz seines „Arbeiterprogramms“ spricht Lassalle nicht von ungefähr im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung vom „imposanten Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs“. Diese Hoffnung hat die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Deutschland 125 Jahre lang beflügelt und sie in den Zeiten der Verfolgung und Unterdrückung aufgerichtet. Der Leitgedanke dieser alten Hoffnung, die Errichtung einer Gesellschaft, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Maßstäbe das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen prägen, ist heute wie zu Lassalles Zeiten Grundlage und Sinn der politischen Forderungen der deutschen Sozialdemokratie.

Verschiedene Einflüsse haben Lassalles geistigen Standort geformt: Die Ideen und Ereignisse der Revolutionen von 1789 und 1848; die Philosophie Hegels und Fichtes, die Forschungen und Gedanken von Karl Marx. Obwohl Lassalle „ein Mann der Wissenschaft“ war, wie seine Anhänger stolz betonten, sind die meisten seiner wissenschaftlichen Arbeiten in Vergessenheit geraten. Was er der deutschen Sozialdemokratie, neben den Anfängen einer politischen Organisation, vor allem hinterließ, war ein Freiheitsbegriff, der nach zwölf Jahrzehnten durchaus modern geblieben ist: Nämlich einen, der sich ausweitet zur gemeinsamen Verantwortung, zur Solidarität in Freiheit. Dieser Begriff ist bis heute Bestandteil unserer Programmatik.

Von Lassalles theoretischen Ansichten war die für seine Zeit wohl bemerkenswerteste und für die Arbeiterbewegung folgenreichste seine Stellung zum Staat. Im Gegensatz zum Liberalismus erklärte er zum Zweck des Staates, für menschenwürdige Lebensverhältnisse und für die Freiheit aller zu sorgen. Die Linie, die von da zur modernen Idee des Sozialstaates führt, ist nicht zu übersehen. Lassalle hat erkannt, daß sich in einer von wirtschaftlicher Macht und sozialer Ungleichheit gekennzeichneten Gesellschaft die Gleichheit der Chancen und die Freiheit der Einzelnen nicht von selbst einstellt, sondern der gestrengen Rahmensetzung und des materiellen Eintretens der Gemeinschaft bedarf.

Lassalles Kampf für allgemeine, freie und direkte Wahlen, gegen Ausbeutung und für einen demokratischen Verfassungsstaat gehören zu seinem nach wie vor gültigen politischen Vermächtnis. Seine historische Leistung aber war eine politische: Nämlich die Lösung der Arbeiterbewegung aus ihrer Abhängigkeit vom liberalen Bürgertum durch die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Ausschlaggebend für diese Initiative war seine Überzeugung, daß im Deutschland des 19. Jahrhunderts die überwiegende Mehrheit des damaligen Bürgertums nicht bereit war, energisch für die Demokratie zu kämpfen. Diese Überzeugung hat sich für das 19. Jahrhundert als zutreffend erwiesen. Aber auch im 20. Jahrhundert sind liberale und konservative Kräfte in kritischen Phasen dem Opportunismus nach rechts verfallen. Die Erinnerung daran ist gerade am Vortag des 1. September 1989 angebracht.

Auch in Zukunft steht deshalb die freiheitliche und friedliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im engen Zusammenhang mit der Existenz und dem Wirken einer starken deutschen Sozialdemokratie, in der die Tradition Lassalles lebendig ist. (-/28.8.1989/voh/rs)